

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 19. Jahrgang, Nr. 20, 2. Oktober 2002

Einblicke

Mit Vernunft

Von Helmut Lölhöfel

Die rechtsextremen Parteien haben keinen Stich gemacht. Die Republikaner überwandern knapp die 0,5-Prozent-Marke. Damit kommen sie wieder in den Genuss der staatlichen Parteienfinanzierung, was ärgerlich, aber gesetzlich ist. Die NPD legte zwar mit 0,4 Prozent leicht zu, bleibt aber bedeutungslos. Die DVU war gar nicht erst angetreten. Dennoch, insgesamt knapp eine halbe Million rechtsextreme Wählerinnen und Wähler dürfen nicht übersehen werden. Und die populistische, rechten Parolen zugängliche Schill-Partei, die bundesweit einen Zulauf von fast 400 000 hatte, ist am Rand zu beachten.

Andererseits: Während fast überall in Europa Rechtsextreme und Rechtspopulisten auf dem Vormarsch sind, haben wir in Deutschland ein stabiles Parteienspektrum ohne extreme Splitter, die Regierungsbildungen erschweren. Offensichtlich wählen die Deutschen doch mit Vernunft und erliegen nicht Emotionen und Ressentiments wie viele Menschen in unseren europäischen Nachbarländern.

Die rot-grüne Koalition kann in Berlin weiter regieren. Für uns ist das erfreulich. Denn es ist zu erwarten, dass die politische Bekämpfung des Rechtsextremismus auch im neuen Koalitionsabkommen Vorrang behält, dass sie systematisch und energisch fortgesetzt wird. Vom schwachen Abschneiden der Rechtsextremen bei der Wahl darf sich niemand einlullen lassen. Nach wie vor muss Aufklärung betrieben und Bildungsarbeit gefördert werden. Und es bedarf engagierter öffentlicher Auftritte.

Finanznot darf nicht vorgetäuscht werden. An dieser Stelle geht es um eine dauerhafte Investition. Es gibt genügend Vereine, Initiativen, Institutionen und Einzelpersonen, die Gesicht zeigen, die sich den Rechten entgegenstellen, die Gegenwehr organisieren. Sie alle tun ihr bestes, ehrenamtlich, aus Überzeugung. Sie wollen nicht enttäuscht werden.

Beifall für „Mölli“

Die extreme Rechte hat die von Jürgen Möllemann neu aufgelegte Antisemitismusdebatte dankbar angenommen.

Seite 3 ■

Schwaches Angebot

Dürrtige Wahlergebnisse der rechtsextremen Parteien geben keinen Anlass zur Entwarnung.

Seite 4 ■

Eine „Eintagsfliege“

Dem kometenhaften Aufstieg des Rechtspopulisten Ronald B. Schill folgt der tiefe Fall.

Seite 7 ■

Kriminelle Vereinigung

Bundesanwaltschaft klagt erstmals eine deutsche Neonazi-Band an.

Seite 9 ■

Letzte Chance vertan

Gericht in Tokio deckt japanische Massenverbrechen – den Opfern bleibt eine Entschädigung versagt.

Seite 11 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Seitenblick**Provokationen**

Politiker verschiedener Parteien haben sich um Kopf und Kragen geredet.

Es war bedrückend, was sich rund um den Wahltag abspielte. Während diesmal absehbar war, dass die rechtsextremen Parteien keine Rolle spielen würden, setzten Herta Däubler-Gmelin (SPD), Christoph Stölzl (CDU) und Jürgen Möllemann (FDP) durch unbedachtes Gerede und – im Fall Möllemann – durch Provokationslüsternheit eine Debatte um unser Verhältnis zur Vergangenheit und zu den Juden in Gang. Das war umso verwunderlicher als sich die Aufregung um den von Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl gezogenen böswilligen Vergleich zwischen Reichstagspräsident Hermann Göring und Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (siehe BnR 19/02) gerade erst gelegt hatte.

Jürgen Möllemann führte seine schändliche Kampagne gegen den stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Michel Friedman, fort. Die Mehrheit der Liberalen und die Parteiführung wollen antisemitische Untertöne nicht hören. Die Ehrenvorsitzenden Hans-Dietrich Genscher und Otto Graf Lambsdorff schalteten sich besorgt und protestierend ein. Die Ur-Liberale Hildgard Hamm-Brücher trat sogar aus ihrer FDP aus, in der sie antisemitische Tendenzen erkennt. Parteichef Guido Westerwelle, der sich anfangs gegen seinen Stellvertreter nicht durchsetzen konnte oder mochte, griff schließlich durch und drängte Möllemann, sein Amt als FDP-Vize aufzugeben. Der beugte sich zwar dem geballten Druck, doch Möllemann ist ein notorischer Dickkopf und schert sich nicht um wohlgemeinte Ratschläge, wenn er denkt, es ließen sich irgendwo Wählerstimmen fangen. Wer ihn kennt, der ahnt, dass er nicht aufhören wird. Fortsetzung folgt.

Eine ganz andere Dimension hatte ein von einem Journalisten notiertes Zitat, wonach Herta Däubler-Gmelin den US-Präsidenten George W. Bush und dem NS-Diktator Adolf Hitler irgendwie in einen Topf warf. Der Hergang ist nachträglich nicht genau aufklärbar. Däubler-Gmelin bestreitet, einen Vergleich gezogen zu haben. Sie bestätigte aber, dass sie im Verlauf einer emotional geführten Diskussion mit Gewerkschaftern eine Verbindungslinie zwischen politischen Ablenkungsmethoden ge-

zogen und in diesem Zusammenhang entfernt auch Bush und Hitler erwähnt hatte, den sie wunderlicherweise „Adolf Nazi“ nannte. Das „Schwäbische Tagblatt“ aus Tübingen packte aus, die Weltmacht wurde böse, der Bundeskanzler ärgerte sich. Dieses gedankenlose, unsinnige Geschwätz der sozialdemokratischen Bundesjustizministerin und ihren anschließenden jämmerlich missglückten Versuch, sich herauszureden, ohne sich zu entschuldigen, hätten wir ihr nicht zugetraut. Statt Einsicht zu zeigen, beschuldigte sie Lokaljournalisten, sie verstünden nichts von der Weltpolitik. So brachte sie sich selbst um ihr Staatsamt.

■ Feinfühligkeit ist nötig, wenn es um deutsche Geschichte und um deutsche Juden geht ■

Und wenige Tage später reihte sich Christoph Stölzl, Vorsitzender der Berliner CDU und Vizepräsident des Berliner Abgeordnetenhauses, in die Reihe der Unfugredner ein. Im Zorn über die Wahlniederlage seiner Partei ließ er sich hinreißen, eine empörende Parallele zu den Reichstagswahlen von 1914 und 1931/32 zu ziehen. Damit ruinierte Professor Stölzl seinen Ruf als bürgerlich-liberaler Schönggeist, den er in der Bundeshauptstadt genießt. Die August-Wahl 1914 führte unmittelbar in den Ersten Weltkrieg. Und im Juli 1932 wurden die Nationalsozialisten stärkste Partei im Reichstag vor der SPD. Dies hat Stölzl, als er die rot-grüne Koalition in diese Traditionslinie stellte, ebenso übersehen wie Däubler-Gmelin ausgeblendet hatte, dass Hitler mit dem Zweiten Weltkrieg gar nicht von innenpolitischen Problemen ablenken musste – das deutsche Volk stand ja hinter ihm. Stölzl kam glimpflich ohne den eigentlich fälligen Rücktritt davon. Er formulierte verspätet und sichtlich unwillig eine Art Entschuldigung und musste sich vom Berliner Landesparslament rügen lassen.

Auch wenn die Fälle Däubler-Gmelin, Möllemann und Stölzl unterschiedliche Gewichte haben und obwohl es schwer ist, die drei als Trio zu beschreiben, gibt es doch Übereinstimmendes. Sie vergriffen sich in der Wortwahl und redeten sich um Kopf und Kragen. Sie missachteten das Gebot, sprachlich sauber zu formulieren und politisch dezent zu handeln. Sie verloren eine Lehre aus unserer deutschen Vergangenheit aus den Augen: Wenn es um deutsche Geschichte und um deutsche Juden geht, ist extreme Feinfühligkeit nötig. Diese Mahnung gilt für alle Parteien. *Helmut Lölhöff*

Aktivitäten

„Danke, Mölli“

Der FDP-Politiker Jürgen Möllemann hat für die von ihm neu aufgelegte Antisemitismusdebatte von der extremen Rechten wieder Beifall erhalten.

Stefan Grüll, Fraktionsvize der FDP im Landtag von Nordrhein-Westfalen, war empört. Eine „unzulässige Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes im Wahlkampf“ und eine „haltlose Überinterpretation“ sei es, wenn Landesinnenminister Fritz Behrens darauf verweise, die Verfassungsschützer hätten „eine Welle von Beifallsbekundungen von Rechtsextremisten“ für Äußerungen des – damals noch – stellvertretenden FDP-Bundsvorsitzenden Möllemann registriert.

Ende August war es, als Grüll seine Empörung verbreiten ließ. Schon drei Wochen später erlebte die durch Möllemann-Äußerungen angestoßene Antisemitismus-Debatte eine Neuauflage. Und wieder erntete der FDP-Politiker Beifall von rechtsaußen. „Weiter so, Möllemann – und recht herzlichen Dank!“ titelte NPD-Pressesprecher Klaus Beier über einer Stellungnahme seiner Partei, nachdem ein Kandidaten-Faltblatt Möllemanns mit Attacken gegen Ariel Sharon und Michel Friedman für Empörung gesorgt hatte. Verunglimpft werde Möllemann, während Friedman „auf der nach oben hin offenen Chupze-Skala“, so liest man es bei der NPD tatsächlich, „einen persönlichen Rekord erzielt“ habe. Der NPD, die „für ihre Ablehnung deutschfeindlicher Anmaßungen“ bekannt sei, nutze die Diskussion sehr, ließ Beier verlauten und drehte die rhetorische Schraube noch weiter: „Wer weiß, wenn die Karten nach der Bundestagswahl neu gemischt sind und Herr Möllemann aus dem etablierten ‚Kartenhaus‘ gefallen ist, ob er dann nicht in den Reihen der NPD ‚Klartext‘ spricht.“

Auch Rechtsextreme in den Internetforen der Szene fühlten sich durch Möllemanns Spiel mit antisemitischen Klischees bestätigt. „Es ist nun einmal so, dass in diesem Staat der Jude einen Freibrief hat. Auch wenn Möllemann nicht grad mein Fall ist, aber er sagt die Wahrheit“, bescheinigte ihm zwei Tage vor der Wahl ein Autor im „Neogermania“-Forum. Und weiter: „Außerdem hab ich in den Medien noch nie einen Schrei der Entrüstung über Friedman's antideutsche und rassistische Äuße-

rungen vernehmen können.“ Verbreitet ist die Einschätzung, dass es Möllemann nicht (nur) um Wahlkampfaktik ging: „Ich glaube das er es Ernst meint!“, verriet ein „Andreas“ im „Oikrach“-Forum. Ein „vorbildliches Verhalten gegenüber anderen Politikern, die Stillschweigen bewahren über die palästinensische Unterdrückung im nahen Osten!“, lobte ein Autor im Forum des „Wikingerversands“ – und erntete Zustimmung. „Nur weil er Israel kritisiert hacken alle auf ihm rum“, meinte einer. „Ihr wisst doch, wer in der Demokratie die Wahrheit sagt, wird an den Rand gestellt!“, schrieb dort ein zweiter. „Mölli sagte die Wahrheit und was passierte? Weg vom Fenster!“, bedauerte ein dritter. „Solidarität mit Möllemann“, forderte kurz und knapp ein anderer.

Auch jene, die einen Satz fehlerfrei bis zu seinem Ende bringen können, hatten sich schon zuvor an die Seite des FDP-Politikers gestellt. Zum Beispiel Franz Schönhuber, der ihm in „Nation&Europa“ (7-8/2002) attestierte, mit seinem „aktuellen Tabubruch in der Darstellung des jüdischen Einflusses in der Bundesrepublik“ habe er „mehr Gespür und Realitätssinn bewiesen als die selbst ernannten Lordsiegelbewahrer liberalen Denkens“. „Friedman – Möllemann: Kampf geht weiter“ hieß es am 13. September – das Kandidaten-Faltblatt war noch nicht verteilt – in der Frey'schen „National-Zeitung“. Das Blatt sah Möllemann in Übereinstimmung „mit der großen Mehrheit der Deutschen“. Friedman agiere als „selbst ernannter gnadenloser Richter über Deutschland“. In einer Nachbetrachtung der DVU zur Bundestagswahl wurde Möllemann attestiert, er habe „in den letzten Monaten ‚Appetit‘ auf mehr nationale Souveränität und Überwindung der Canossa-Republik“ geweckt. Wegen ihm sei mancher Rechte bei der Wahl zur FDP gewandert, vermutete man bei der Frey-Partei.

FDP-Chef Guido Westerwelle klagte am Tag nach der Wahl über eine „unerfreuliche Debatte“ und eine „Verunklarung unseres Kurses“. Der Politikwissenschaftler Hajo Funke fand bei einer Kundgebung vor der FDP-Zentrale in Berlin deutlichere Worte: „Es ist das erste Mal in der demokratischen Nachkriegsgeschichte Deutschlands, dass ein stellvertretender Parteivorsitzender und Vorsitzender des einflussreichsten Landesverbandes einer demokratischen Partei der Mitte über ein Vierteljahr lang nicht daran gehindert wurde, systematisch und offen als Rechtspopulist Antisemitismus zu mobilisieren.“

Tomas Sager

Hintergrund**Ausgeblendet**

Die dürftigen Wahlergebnisse der Rechtsextremen verdecken, dass antisemitische und antiisraelische Stimmungen nach wie vor verbreitet sind.

Magerer konnte das Wahlergebnis der rechten und rechtsextremen Parteien kaum ausfallen: Die Republikaner drittelten ihr schon 1998 dürftiges Ergebnis noch einmal und bekamen bei der Bundestagswahl gerade 0,6 Prozent der Zweitstimmen. Die NPD kam auf 0,4 Prozent und verfehlte damit sogar die erhoffte 0,5-Prozent-Hürde für die Erstattung der Wahlkampfkosten. Auch der Rechtspopulist Ronald Schill schnitt mit seiner Partei Rechtsstaatliche Offensive mit 0,8 Prozent wesentlich schlechter ab, als er nach seinem Erfolg in Hamburg vom September 2001 erwartet hatte.

Die Ergebnisse bestätigten die vorab veröffentlichten Prognosen der Wahlforschungsinstitute. „Keine messbaren Ergebnisse“ lautete vor der Wahl deren einhellige Auskunft. Während die meisten Institute bei der Veröffentlichung ihrer Vorhersagen noch 1998 eine Rubrik für „Rechte“ oder „Reps/DVU“ reserviert hatten, die dort jeweils zwischen zwei und vier Prozent lagen, wurden sie dieses Mal schlicht unter „Sonstige“ subsumiert. Die Fehlermargen, erklärte Richard Hilmer von infratest dimap, seien bei derartig niedrigen Werten schlicht zu groß, um ihnen Aussagekraft zuzumessen.

■ Das Angebot war selten so schwach ■

Der Berliner Wahlforscher Oskar Niedermayer warnt aber davor, einen Zusammenhang zwischen Wahlverhalten und rechtsextremen Einstellungen herzustellen: „Rechtsextrem zu wählen und rechtsextreme Einstellungsmuster – das sind zwei verschiedene Dinge“, sagt Niedermayer. Menschen mit rechtsextremem Einstellungspotenzial verteilten sich als Wähler schon immer auf bürgerliche Parteien, und zwar nicht nur bei der CDU, sondern auf alle.

Dass rechtsextreme Einstellungen keineswegs im Abnehmen begriffen sind, hat er selbst kürzlich nachgewiesen. Laut einer Studie, die er im Sep-

tember gemeinsam mit seinem Kollegen Elmar Brähler vorgestellt hat, sind insbesondere antisemitische Vorurteile immer häufiger zu finden. So hatten 31 Prozent der (West-)Deutschen der Aussage zugestimmt, der „Einfluss der Juden ist zu groß“. Noch vor vier Jahren waren das „nur“ 14 Prozent gewesen. Insgesamt, stellte Niedermayer fest, dass zumindest antisemitische Einstellungen im Westen stärker verbreitet seien als im Osten. Die antisemitischen Einstellungen zu kanalisieren, das hat die Wahl auch gezeigt, ist aber auch der FDP nicht gelungen, in der ein Jürgen W. Möllemann antiisraelische Stimmungsmache betrieb.

Die Entscheidung für eine Partei, sagt Niedermayer werde – bei einer Bundestagswahl noch mehr als auf Kommunal- oder Landesebene – von einer ganzen Reihe anderer Faktoren bestimmt: Von aktuellen Themen, von der Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe, von wirtschaftlichen Fragen. „Bei fast allen Bundestagswahlen wurden klassisch rechte Themen von anderen überlagert“, betont der Wahlforscher. Dazu sei aber dieses Mal gekommen, dass das Angebot an rechtsextremen Parteien selten so schlecht gewesen sei. „Wenn es eine charismatische Führerpersönlichkeit und eine weniger zerstrittene Parteienszene gäbe, könnte die Lage völlig anders aussehen“, so Niedermayer. Da weder das eine noch das andere in Sicht ist, wagt er auch bereits eine Prognose: „Für die nächsten Jahre haben wir von rechtsextremen Parteien nicht viel zu erwarten.“ Die Wahl Ronald Schills in Hamburg bezeichnet er als „ganz extreme Sondersituation, in der eine ganze Reihe von Problemen von der Politik jahrelang vernachlässigt wurden. In diese Lücke ist Schill gestoßen. Das kann er aber nirgendwo wiederholen.“ Offenbar war es eine Eintagsfliege.

Hilmer von infratest dimap verweist darauf, dass Themen, mit denen rechtsextreme Parteien hätten punkten können, dieses Mal im Wahlkampf so gut wie keine Rolle gespielt hätten: Insbesondere ein etwaiger Bundeswehr-Einsatz in Irak sowie die Arbeitslosigkeit seien im Mittelpunkt gestanden. Themen wie Kriminalität und Zuwanderung, von denen in der Vergangenheit immer auch die Rechtsextremen profitieren konnten, hätten dagegen so gut wie keine Rolle gespielt. Richard Stöss, ein Kollege Niedermayers an der Freien Universität Berlin, weist außerdem darauf hin, dass auch die starke Polarisierung zwischen Gerhard Schröder und Edmund Stoiber potenzielle Rechtswähler abgezogen hätte.

Jeannette Goddar

Wahlen**Abwärtstrend**

In den westdeutschen Ländern bewegen sich die Wahlergebnisse von REP und NPD abwärts, im Osten nicht so deutlich.

Das Abschneiden der extremen Rechten bei der Bundestagswahl muss Staatsschützern und Politikern nicht den Schlaf rauben. Mit einem Prozent der Zweitstimmen sind die rechtsextremen Parteien Republikaner und NPD – die DVU war nicht angetreten – am Rande der Bedeutungslosigkeit angekommen. Auch die Schill-Partei konnte, als populistischer Interessent am rechten Rande, nur bedingt aufnehmen, was von den 3,3 Prozent aus der letzten Bundestagswahl übrig geblieben war. Dennoch sollte nicht verkannt werden, dass das vergleichsweise schwache Abschneiden besonders auf

die internen Probleme bei den Republikanern zurückzuführen sind. Ihr Bundesvorsitzender Rolf Schlierer hat sich nach Kräften bemüht, die REP nicht dem Licht der Öffentlichkeit auszusetzen und erweckt den Eindruck eines Mannes, der sich, umgeben von Feinden, zurückgezogen hat. Eine alternative Persönlichkeit, die rechte Sektierer und Splittergruppen einigen kann, ist – anders als in manchen Nachbarländern – nicht in Sicht.

Wiederum waren die rechtsextremen Parteien, nimmt man ihre traditionellen Hochburgen in Hessen und Baden-Württemberg aus, in den ostdeutschen Bundesländern überdurchschnittlich erfolgreich, Spitzenreiter ist wie 1998 Sachsen.

Nachfolgend die Ergebnisse der rechtsextremen und populistischen Parteien bei der Bundestagswahl 2002 sowie die Vergleichszahlen der Wahl von 1998. In acht Ländern haben REP und NPD überdurchschnittlich abgeschnitten:

Ergebnisse der Bundestagswahlen

Partei	Erstst. BTW 2002		Zweitst. BTW 2002		Erstst. BTW 1998		Zweitst. BTW 1998	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
DVU	–	–	–	–	0		601 192	1,2
NPD	102 914	0,2	214 872	0,4	45 043	0,1	126 571	0,3
REP	55 864	0,1	280 735	0,6	1 115 664	2,3	906 383	1,8
gesamt		0,3		1,0		2,4		3,3
Länder								
Hessen			(REP + NPD)	1,2				3,4
Mecklenburg Vorpommern			(REP + NPD)	1,1				4,1
Sachsen-Anhalt			(NPD)	1,0				4,1
Thüringen			(REP + NPD)	1,7			(ohne REP)	4,5
Baden-Württemberg			(REP + NPD)	1,4				4,7
Berlin			(REP + NPD)	1,3				4,9
Brandenburg			(NPD)	1,5				5,2
Sachsen			(REP + NPD)	2,4				5,7
BFB	–	–	–	–	134 795	0,3	121 196	0,2
BüSO	22 503	0,0	17 020	0,0	10 260	0,9	9 662	0,0
PBC	71 019	0,1	101 553	0,2	46 379	0,1	71 941	0,1
Schill-Partei	120 113	0,3	399 757	0,8	–	–	–	–

Bearbeiter: Klaus-Henning Rosen

Wahlen II**Einzelergebnisse**

Stimmenanteile von mehr als 1,1 Prozent erzielten Republikaner (REP) und NPD in folgenden Wahlkreisen (Vergleichszahlen von 1998):

Baden-Württemberg: REP Heilbronn 1,7% (6,4), Zollernalb-Sigmaringen 1,7% (5,5), Nürtingen 1,6% (5,2), Göppingen 1,6 % (5,2), Neckar-Zuber 1,6 % (5,5), Biberach 1,5% (7), Esslingen 1,4% (4,4), Tübingen 1,4% (4,8), Stuttgart II 1,3% (4,5), Ludwigsburg 1,3% (4,4), Schwäbisch-Hall-Hohenlohe 1,3% (6,3), Backnang/Schwäbisch-Gmünd 1,3% (6,1), Odenwald-Tauber 1,3% (3,8), Waiblingen 1,2 % (4,6), Aalen/Heidenheim 1,2 % (5,3), Calw 1,2 % (4,5), Rottweil/Tuttlingen 1,2% (3,4), Reutlingen 1,2 % (4,7), Pforzheim 1,1 % (4,0), Offenburg 1,1 % (3,2), Ulm 1,1% (4,2).

Bayern: REP 1,1% in Rosenheim (3,6) und in Deggendorf (3,4).

Berlin: NPD Marzahn-Hellersdorf; 1,6% (1,4), Lichtenberg-Hohenschönhausen 1,5% (0,9).

Brandenburg: NPD Frankfurt/Oder 1,8% (1,2), Elbe-Elster 1,7% (0,5), Prignitz-Ostprignitz 1,6% (1,0), Märkisch-Oberland 1,5% (0,7), Dahme-Spreewald 1,5% (0,6), Cottbus-Spree-Neiße 1,5% (0,6), Uckermark 1,4% (1,3), Brandenburg/Havel 1,4% (0,5), Oberhavel-Havelland 1,2% (0,7).

Hessen: REP Groß-Gerau 1,4% (2,7), Hanau 1,2% (3,4), Marburg 1,2 (3,0).

Mecklenburg-Vorpommern: NPD Greifswald 1,2% (1,4), Neubrandenburg 1,1% (1,3).

Nordrhein-Westf.: REP Gelsenkirchen 1,2% (1,8).

Rheinland-Pfalz: REP Primasens 2,1% (3,2), Ludwigshafen/Frankenthal 1,7% (3,7), Neustadt/Speyer 1,5% (3,1), Kaiserslautern 1,5% (3,4), Südpfalz 1,3% (3,5), Mainz 1,1% (2,2), Worms 1,1% (2,6).

Sachsen: NPD Annaberg 2,3% (0,9), Sächsische Schweiz 2,2% (2,2), Freiberg 2,2% (1,1), Chemnitz-Land 2,1% (1,1), Löbau/Zittau 2% (1,8), Bautzen/Weißwasser 2% (1,4), Döbeln/Mittweida 1,7% (1,1), Kamenz/Hoyerswerda 1,5% (1,3), Delitzsch 1,4% (1,4), Leipzig-Land 1,3 % (1,5); REP Chemnitz 2,1% (2,3), Bautzen 2,1% (1,8), Vogtland/Plauen 1,6% (2,8), Freiberg 1,1% (2,6), Kamenz 1,1% (1,9).

Sachsen-Anhalt: NPD Burgenland 1,5% (0,5), Mansfelder Land 1,2% (0,3), Bernburg 1,1% (0,3).

Thüringen: NPD Gera 1,6% (-,-), Greiz/Altenburger Land 1,3% (-,-), Sonneberg/Saalfeld/Rudolstadt 1,3% (-,-), REP Jena/Weimar 1,1% (1,8).

Aktivitäten**Wahlkampfakzente****Agitation und Gewalt statt Argumente**

Durch den Wahlkampfummel ist eine Begebenheit schnell aus den Medien verschwunden, die zu anderen Zeit für Schlagzeilen gesorgt hätte. Erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte wurde ein Bundestagskandidat Opfer eines Neonaziüberfalls. In den frühen Morgenstunden des 20. September wurde der Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele in Berlin am S-Bahnhof Warschauer Straße durch einen Schlagstockhieb auf den Kopf verletzt. Der bekannte Linksgrüne musste sich mit einer Gehirnerschütterung in ambulante Behandlung begeben.

Bei dem Täter handelt es sich um den Ostberliner Bendix Wendt, der seit mehr als einem Jahrzehnt in der neonazistischen Szene aktiv ist. Wendt ist bereits 1990 in Berlin als Aktivist der „Nationalen Alternative“ (NA) in Erscheinung getreten. Die Tageszeitung „taz“, berichtete, dass W. gemeinsam mit dem langjährigen Neonazi Arnulf Priem zum NA-Gründungskreis gehört und als NA-„Beauftragter“ für Wehrsport fungiert habe. Bei Übungen sollen auch scharfe Waffen zum Einsatz gekommen sein. Auch der Bau von Briefbomben sei geprobt worden. Gute Kontakte hat der heute 35-Jährige zu der Berliner Neonazirockergruppe „Vandalen“. Wegen des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz wurde er im Oktober 1995 vom Amtsgericht Berlin zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt, weil er dem österreichischen Neonazi Peter Binder 1993 zehn Kilo Sprengstoff aus den Beständen der Roten Armee vermittelt hatte. Gegen Wendt soll nach Polizeiangaben auch wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, gefährlicher Körperverletzung und Hausfriedensbruch ermittelt werden.

Die NPD versuchte, während des Wahlkampfs mit antisemitischen und gegen Ausländer gerichteten Demonstrationen auf sich aufmerksam machen. Doch ob in Frankfurt/Main, Freiburg, Marburg oder Gießen, überall waren die Neonazis mit massiven Gegenaktionen konfrontiert. In Potsdam rief die NPD zu einem Marsch unter dem Motto „Schluss mit der Masseneinwanderung russischer Juden – Deutschland uns Deutschen“ auf. Auch hier verhinderten Proteste, dass die vorgesehene Route eingehalten werden konnte.

Peter Nowak

Grauzone

Eine „Eintagsfliege“

Nicht mal ein Prozent der Wähler votierten für die Partei des Rechtspopulisten Ronald Schill. Ein neues Buch beschreibt dessen imposanten Aufstieg vor dem Fall.

Die Parolen des ehemaligen Richters „Gnadenlos“ Ronald B. Schill haben sich offensichtlich verbraucht. Dem Triumph bei der Hamburger Bürgerschaftswahl vor einem Jahr folgte bei der Bundestagswahl mit 0,8 Prozent der Stimmen der jähe Absturz. Zur Erinnerung: Die Schill-Partei war im September 2001 mit 19,4 Prozent in die Bürgerschaft der Hansestadt eingezogen, stellt in der Koalition mit der CDU und FDP seitdem drei Senatoren. Doch im küstennahen Stadtstaat dreht sich langsam der politische Wind. Nur noch 40 249 Hamburger (4,2 Prozent) wählten die Partei von Innensenator Ronald Schill. Auf Bundesebene erhielten sie 120 113 Erststimmen und 399 757 Zweitstimmen – das reichte nicht einmal für die Ein-Prozent-Hürde. Der Spitzenkandidat für den Bundestag entpuppte sich als Nullnummer.

„Wir haben unser Wahlziel, den Einzug in den Bundestag und einen damit verbundenen Politikwechsel in Deutschland verfehlt“, gestand Schill die Wahlschlappe am Tag danach ein. Am Abend des 23. September hatte sich der Jurist noch in wohlbekanntem Wortgetöse geübt. Nach dem Bekanntwerden der ersten Prognosen und dem sich abzeichnenden Wahldesaster tönte er: „Die Meinungsforscher haben manipulierte Umfragen veröffentlicht. Das könnte uns geschadet haben.“ Schuld am dem katastrophalen Ergebnis waren jedoch nicht die sozialwissenschaftlichen Institute, sondern die Wähler. Hans-Jürgen Hoffmann vom PSEPHOS-Institut für Wahlforschung analysierte den Niedergang von Schill: „Das Abenteuer ‘bundesweite Kandidatur’ war eine Nummer zu groß für seine Partei.“ Die Wählerschaft habe in ihr nicht eine „über die Hansestadt hinaus weisende politische Kraft mit dem für die Bundesebene notwendigen Kompetenzprofil erkannt“. Die Folge: Die Partei verlor in der Elbmetropole rund 75 Prozent ihrer Stimmen. Die wanderten, so die PSEPHOS-Analyse, in erster Linie zurück zur SPD (52 000) und CDU (47 000). Weitere 13 000 ehemalige Schill-Anhänger waren von ihrem Hoffnungsträger so enttäuscht, dass sie der Wahl gleich fernblieben.

Dabei hatte Schill im Vorfeld der Wahl politischen Instinkt gezeigt und sich gegen eine Teilnahme an der Bundestagswahl ausgesprochen. Der Ex-Shooting-Star war aber von der Parteibasis zum Antritt gedrängt worden, obwohl es erst eine Handvoll Landesverbände gab. Auch von der Gründung des siebten Landesverbandes in Brandenburg mit drei Bezirksverbänden und insgesamt 137 Mitgliedern im September ging keine Signalwirkung mehr aus.

Mit Blick in die Zukunft machte Ronald Schill in Optimismus, jedenfalls in seinem offiziellen Statement zum Ausgang der Wahl: „Die meisten unserer Wähler wollten unter allen Umständen eine Verlängerung der rot-grünen Experimente verhindern und haben taktisch gewählt. Bereits mittelfristig werden wir unsere Strukturen so weit verbessert haben, dass wir in der Öffentlichkeit mehr als bisher als Alternative zu den Altparteien wahrgenommen werden.“ Seine Kontrahenten sehen das anders. Der designierte Generalsekretär der SPD und frühere Hamburger Innensenator Olaf Scholz höhnt: „Schill entpuppt sich als Eintagsfliege.“

Den imposanten Flug des exponierten Vertreters dieser Spezies in luftige politische Höhen kann man jetzt nachlesen: Die Hamburger Journalisten Marco Carini und Andreas Speit verfolgen in ihrer Studie über den „Rechtssprecher“ Ronald Schill die wesentlichen Stationen eines skurrilen Karrierewegs zurück – vom „unpolitischen“ Partylöwen zum stellvertretenden Landesvater und Parteivorsitzenden. Carini und Speit, beide Kenner der rechten Szene, erforschen das politische Klima, in dem ein Amtsrichter, der wegen seiner Exzessurteile von einer zwielichtigen Anhängerschar zum „Rächer des kleinen Mannes“ gekürt wurde, aus dem Stand einen Kantersieg gegen eine übermächtige SPD einfahren konnte. Dabei verzichten die Autoren in ihrer detaillierten Untersuchung auf bissige Attacken wie auf ein Durchdeklinieren aller möglichen Horror-Szenarien, die eine erfolgreiche bundesweite Ausdehnung der Schill-Partei nach sich ziehen könnte. Die Verfasser der Studie sparen nicht an kritischen Reflexionen zum Verhalten der etablierten Parteien. Möglicherweise wäre Schills Aufstieg zum Innensenator der Hansestadt aufzuhalten gewesen: CDU und SPD hätten „demokratische, emanzipatorische und solidarische Politikkonzepte“ dagegen halten sollen, so lautet ein Fazit der Autoren.

Volker Stahl

Marco Carini / Andreas Speit, Der Rechtssprecher Ronald Schill, Hamburg 2002, Konkret Literatur Verlag, 208 Seiten, 15 EUR.

Am Rande**Die Elite und der Mob**

**Ist Jürgen Möllemann ein Antisemit?
Michael Naumann hat die Debatte zusammengefasst.**

Als im November 1985 Mitglieder der Frankfurter Jüdischen Gemeinde die Aufführung von Rainer Werner Fassbinders antisemitischem Theaterstück „Der Müll, die Stadt und der Tod“ verhinderten, sorgte das für Schlagzeilen im In- und Ausland. Um das zu dokumentieren, fasste damals der Athenäum Verlag in Königstein im Taunus die wichtigsten Pressestimmen zusammen. Etwas Ähnliches hat nun der Chefredakteur der „Zeit“, Michael Naumann, getan, um festzuhalten, weshalb Jürgen W. Möllemann jetzt endlich aus dem Bundesvorstand der FDP verschwinden musste. Naumann, der zwei Jahre lang Staatsminister für Kultur in Gerhard Schröders Regierung war, hat dazu Kommentare aus einigen Zeitungen und Zeitschriften ausgewählt und in loser Folge zusammengestellt. Hin und wieder kommt auch der Schriftsteller Martin Walsen wegen seiner unsäglichen Rede in der Frankfurter Paulskirche vor. Hier soll sich nun aber im Wesentlichen auf Möllemann beschränkt werden.

Ist Möllemann, den Franz Josef Strauß vor vielen Jahren als „Riesenstaatsmann Mümmelmann“ erhöhte, denn nun ein Antisemit oder nicht? Der Journalist Henryk M. Broder erläuterte das im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ zynisch so: „Ein Antisemit hat nichts gegen die Juden, sie haben etwas gegen ihn, und deswegen muss er sich gegen sie zur Wehr setzen. Er ist das Opfer. Der Jude ist der Täter.“ (S. 92)

Als Möllemann zum Konflikt mit den Palästinensern prahlte, er würde sich auch gegen ein Besatzungsregime wehren, schrieb Bundesaußenminister Joschka Fischer im Mai 2002 in der FAZ, man dürfe ihm „getrost unterstellen, dass er mit diesen Worten nicht die Hamas zum Verteilen von Flugblättern in Israel aufforderte, sondern schlicht deren Bombenterror rechtfertigte.“ (S. 39)

Heribert Prantl, innenpolitischer Chef der „Süddeutschen Zeitung“, prangerte ebenfalls im Mai 2002 Möllemanns enge Verbindung zu dem neuen FDP-Abgeordneten im nordrhein-westfälischen Landtag, Jamal Karsli, an, der ständig gegen Isra-

el hetzt. Prantl stellte fest: „Man kann heute Mitglied der Freien Demokratischen Partei werden, wenn man, wie Karsli, von einer zionistischen Lobby in Deutschland und von einer zionistischen Weltverschwörung schwadroniert.“ (S. 53) Karsli sei „ein ausgemachter Antisemit.“ (ebd.)

Der Potsdamer Zeithistoriker Julius Schoeps nahm in der „Welt“ zu Möllemann als FDP-Prominentem Stellung. Wenn er öffentlich „herumpöbele“, „... dann hat nicht nur er ein Problem, sondern auch die Partei, der er mit vorsteht.“ (S. 104).

Wolfgang Benz, der Direktor des Zentrums für Antisemitismusforschung in Berlin, rückte den Streit um Judenfeindschaft, Kritik an Israels Regierungschef Ariel Sharon und andere Unsäglichkeiten in einen größeren Zusammenhang. In der „Jüdischen Allgemeinen“ analysierte Benz im Sommer dieses Jahres: „Israelkritik wird als Tabubruch inszeniert und instrumentalisiert als Vehikel zum Transport von Judenfeindschaft durch falschen Vergleich, konstruierte Parallele oder beleidigendem Vorwurf. Norbert Blüm hat damit begonnen, als er vom ‘hemungslosen Vernichtungskrieg’ der Israelis gegen die Palästinenser redete, und dankbar nehmen es diejenigen auf, die gar nicht Israel meinen, sondern ‘die Juden’ überhaupt, die von Nazimethoden faseln und froh sind, dass es einen vermeintlichen Angriffspunkt gibt, der das Zutreffen aller stereotypischen Ressentiments scheinbar beweist.“ (S. 129)

Jan Philipp Reemtsma, der engagierte Hamburger Privatgelehrte und Initiator der so genannten Wehrmachtsausstellung, fasst überzeugend die Fälle Walser und Möllemann zusammen und erkennt Gemeinsamkeiten: „... eins verbindet Möllemann und Walser, beide haben sich zur Rechtfertigung ihrer öffentlichen Auslassungen auf den bloßen Umstand berufen, Applaus erhalten zu haben. Viel Applaus. Beide haben auf jenen Faktor gesetzt, in dem Hannah Arendt eines der Erfolgsmomente des Nationalsozialismus gesehen hat, das Bündnis von Elite und Mob.“ (S. 147f.)

Die Dokumentation hat zumindest aktuellen Wert. Naumann hätte freilich gut daran getan, mehr Blätter zu zitieren und nicht Autoren mehrfach zu Wort kommen zu lassen. Das gilt besonders für Publikationen aus Ostdeutschland. **Heiner Lichtenstein** **Michael Naumann (Hrsg), „Es muss doch in diesem Lande wieder möglich sein, ...“ – Der neue Antisemitismus-Streit, München (Ullstein-Taschenbuch Verlag) Oktober 2002, 245 Seiten, 8,95 EUR.**

Aktivitäten

„Hasstiraden“

Bundesanwaltschaft klagt erstmals deutsche Neonazi-Band an.

„Weißer Rock'n Roll ist unser Leben – Landser wird es ewig geben“, tönten die Musiker der rechten Kultband „Landser“ in einem ihrer Songs. Möglicherweise eine Fehleinschätzung, denn die Bundesanwaltschaft will die vier Berliner ins musikalische Walhalla schicken. Zum ersten Mal ist in Deutschland eine Musikgruppe als kriminelle Vereinigung angeklagt worden. Den selbst ernannten „Terroristen mit E-Gitarre“ wird außerdem Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhass und Verwendung von Kennzeichen verfassungsförderlicher Organisationen vorgeworfen. Vor wenigen Tagen wurde den vier Bandmitgliedern Michael Regener (37), Jean René Bauer (35), Christian Wennendorf (23) und André M. (34) die Anklageschrift zugestellt. Fünfter Beschuldigter im Verfahren 3 BJ 22/00-4 (9) ist der Chemnitzer Jan Botho Werner (27). Der Betreiber eines Musiklabels soll sich um den Vertrieb gekümmert haben.

In den Ermittlungsakten der Bundesanwaltschaft heißt es, „Landser“ sei eine Band, „deren Zweck und Tätigkeit darauf gerichtet ist, Volksverhetzungsdelikte zu begehen und zu Straftaten aufzufordern“. Schon auf dem Demo-Band aus dem Jahr '92 tönen die Neonazis: „Kanake verrecke“ oder „Danzig, Breslau und Stettin sind deutsche Städte wie Berlin“. Und da die Kreativität beim Komponieren limitiert war, klaute man einfach bekannte Melodien: Aus dem Beatles-Song „I wanna hold your hand“ wurde „Und das Asylheim brennt“, den Schlager-Klassiker „Wenn bei Capri die rote Sonne im Meer versinkt ...“ dichtete Landser zu „Wenn bei Danzig die Polenflotte im Meer versinkt ...“ um. Die Texte seien „geprägt von rassistischen, nationalistischen und antisemitischen Hasstiraden, sie rufen zur Gewalt gegen Ausländer, Juden, Sinti und Roma sowie politisch Andersdenkende auf“, befand die Bundesanwaltschaft.

Neun Jahre lang konnte die Gruppe unbehelligt von den Berliner Staatsschützern musizieren und zur Kultband der deutschen Skinhead-Szene werden. Im Spätsommer 2000, die Landser-CD „Ran an den Feind“ war gerade eingespielt und im dänischen Presswerk, gründete das Landeskriminalamt eine

Ermittlungsgruppe. 15 Monate später wurden die Musiker und der Vertriebsmann verhaftet. Sie sind längst wieder auf freiem Fuß. Selbst der 37-jährige Kopf der Band, Michael R., wurde aus der Untersuchungshaft in Stuttgart-Stammheim entlassen. Der Ermittlungsrichter hielt den Haftbefehl gegen den Sänger, Texter und Organisator der Gruppe nach sechs Monaten für „unverhältnismäßig“.

Mit der Anklage gegen die Musiker ist der Fall für die Bundesanwaltschaft noch nicht abgeschlossen. Die Behörde ermittelt noch gegen mehr als zehn weitere Personen, die an Produktion und Vertrieb der CDs beteiligt gewesen sein sollen. In die Herstellung der „Landser“-CDs war auch der sächsische Neonazi Mirko Hesse eingebunden, eine schillernde Figur: Herausgeber des Skinhead-Heftes „Hass Attacke“, Betreiber des Labels „Hate Records“, führendes Mitglied der deutschen Hammerskins und Spitzel des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Zehn Jahre lang konnte der 27-Jährige nahezu unbehelligt in der rechtsextremen Szene mitmischen. Auch als er sich für ein Skinhead-Heft mit Maschinenpistole ablichten ließ oder seine „Hass-Attacke“-Leser mit „Faschogruß“ verabschiedete, verharren die Staatsschützer regungslos.

Im Dezember vergangenen Jahres wurde er vom Landgericht Dresden zu zwei Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt, weil er 7000 „Landser“-CDs pressen ließ (BnR 1/02). Dem Richter erzählte der Skinhead zwar, er habe gar nicht gewusst, was auf dem Masterband sei und die Musiker kenne er auch nicht, doch in seinem Handy war unter dem Namen „Christian Landser“ die Telefonnummer des Schlagzeugers gespeichert. Mit Hilfe von Telefonüberwachungsprotokollen ließ sich der gesamte Vertriebsweg nachvollziehen.

Die Verteidiger der Neonazi-Band wollen auf Personen wie Mirko Hesse ihre Verteidigungsstrategie aufbauen. Wie im derzeit laufenden Prozess gegen Mitglieder der „Skinheads Sächsische Schweiz“ werden sie auch im „Landser“-Verfahren die Offenlegung aller beteiligten V-Leute der Verfassungsschützer beantragen.

Die „Landser-Musiker“ bereiten sich inzwischen auch auf einen finanziell aufwändigen Prozess vor. Unter dem Namen „Tanzorchester Immervoll“ erschien vor wenigen Wochen eine neue CD mit alten Liedern. Strafrechtlich unbedenkliche Titel wurden hastig auf eine Scheibe gepresst. Der Titel: „Jetzt erst recht!“

Benny Bender

Aktivitäten**Klein, aber stabil****■ Extrem rechte Bastion in Sachsen ■**

Bei den vorherigen Wahlen war in Sachsen Schlimmes befürchtet worden. Was folgte, war ein Reinfall für die Rechtsextremen. Auch bei den Kommunalwahlen 1999 blieben Erfolge aus. Lediglich in Chemnitz konnte ein REP-Mitglied in den Rat einziehen. Ansonsten verloren sich die vereinzelt Abgeordneten, fast ausschließlich von der NPD, in den kommunalen Parlamenten.

Der diesjährige Bundestagswahlkampf der NPD „Arbeitsplätze statt Globalisierung“ im Freistaat sah aus wie auch in den anderen Bundesländern. Kaum bis keine Anhänger, dafür um so mehr Gegner. Schon zum Auftakt der „Sachsenwoche“ war die Veranstaltung in Freiberg von Jugendlichen lautstark gestört worden. Der Spitzenkandidat Holger Apfel verlor denn auch die Fassung. „Wenn die NPD an der Regierung ist, werdet auch ihr wieder lernen zu arbeiten“, rief er den Anwesenden, darunter viele Schüler, zu. In Dresden, zwei Tage vor der Wahl, beklagte der NPD-Vorsitzende Udo Voigt das „vergiftete ausländische Gemüse“ und forderte, „den deutschen Ackerbau wieder herzustellen“. Friedhelm Busse erklärte bei der Gelegenheit die politische Rechte „aus dem Singen ihres Blutes“ und beschimpfte die Protestierer, sie seien „die trojanischen Esel des ausbeuterischen Kapitals.“

Noch immer ist die Sachsen-NPD, obwohl um einige hundert Mitglieder geschwächt, der stärkste Landesverband der Partei. Euphorisch meinte die „Junge Freiheit“: „Bei der kommenden Bundestagswahl – so scheint es zumindest – steht die NPD voll im Saft“. In Sachsen wurde sie auch überdurchschnittlich gewählt. Insgesamt konnte sich die NPD prozentual leicht auf 1,4 Prozent erhöhen, während die Republikaner ihr Ergebnis mit 1,0 fast halbierten. Die rechtskonservative DSU trat nur mit wenigen Direktkandidaten an und unterstützte teilweise die Schill-Partei, die nirgendwo unter einem Prozent lag. Insbesondere dort konnten sich die beiden Parteien der äußersten Rechten etablieren, wo sie Direktkandidaten aufstellten.

Für die NPD gab es insbesondere in der Sächsischen Schweiz, so in Sebnitz, Königstein oder Rathen, einiges zu holen, zum Teil zweistellige Prozentzahlen für den Direktkandidaten. *Lukas Kilian*

Bücherschau**Entwicklung der NPD**

Welche programmatischen und strategischen Wandlungen machte der Rechtsextremismus in den letzten Jahren durch und wie artikuliert sich die damit verbundene Entwicklung in dem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern? Diesen beiden Fragen gehen Mathias Brodkorb und Thomas Schmidt in der Broschüre „Gibt es einen modernen Rechtsextremismus? Das Fallbeispiel Mecklenburg-Vorpommern“ nach. Sie enthält zwei Aufsätze.

Zunächst geht es allgemein um „Metamorphosen von Rechts“, wobei die Entwicklung der NPD im Zentrum steht. Brodkorb konzentriert sich auf deren Entwicklung, erörtert ihre Arbeit mit dem Konzept „National befreite Zonen“, interpretiert sie als Teil einer „Neuen Sozialen Bewegung“ und sieht in ihr eine ideologische Erneuerung vom Hitlerismus weg zum Ethnopluralismus hin. Insofern macht Brodkorb keine grundlegende Wesensverwandtschaft von NPD und NDSAP aus (S. 56). Der von Brodkorb und Schmidt verfasste zweite Beitrag widmet sich ausführlich dem Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern, wobei zunächst eine in verschiedene Phasen aufgeteilte deskriptive Darstellung geliefert wird. Danach beschreiben die Autoren die Greifswalder NPD und ihr Wirken als „mustergültiges Versuchslabor für die Erprobung der in den letzten Jahren im Umfeld der NPD diskutierten Strategiepapiere ‘Schafft befreite Zonen!’ sowie ‘Der Kampf wird härter!’“ (S. 85). Schließlich wird noch ein Überblick zu den Internet-Aktivitäten von Rechtsextremen präsentiert.

Brodkorb und Schmidt liefern durchaus interessante Darstellungen und Interpretationen. Dies gilt etwa für die Verweise auf das Wirken der NPD im Sinne einer „Neuen Sozialen Bewegung“ und dessen Aufzeigen anhand des Beispiels des Greifswalder Kreisverbandes. Darüber hinaus liefert die komprimierte und systematische Darstellung der Entwicklung des Rechtsextremismus in dem Bundesland einen guten Überblick zum Thema.

Armin-Pfahl-Traugber

Mathias Brodkorb/Thomas Schmidt, Gibt es einen modernen Rechtsextremismus? Das Fallbeispiel Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2002, 112 Seiten. Bezug über: Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern, Arsenalstraße 8, 19053 Schwerin; Tel. 0385 / 51296, Fax - /512595.

Hintergrund

„Holzklötze“

Gericht verwehrt Opfern japanischer Massenverbrechen eine Entschädigung. Japans Regierungschef hat sich in Nordkorea für Kriegsgräueltaten entschuldigt.

Der Besuch dauerte nur einen Tag. Dennoch darf er „historisch“ genannt werden. Zum ersten Mal seit Ende des Zweiten Weltkriegs in Asien war mit Junichiro Koizumi ein japanischer Regierungschef nach Nordkorea gereist, um mit dem Chef der Regierung in Pjöngjang zu sprechen. Am Ende dieses Septembertages reichten sich beide die Hand. Kim versprach, das Schicksal jener Japaner aufzuklären, die von Nordkorea verschleppt worden sind. Der Japaner tat, worauf alle von japanischen Okkupanten unterjochten Staaten seit mehr als einem halben Jahrhundert warteten: Ein äußerte „tiefes Bedauern und eine von Herzen kommende Entschuldigung“ für Japans Gräueltaten. Das war längst überfällig.

Fast ganz Asien hat unter Japan lange gelitten. Um die 40 000 chinesische Zivilisten mussten allein zwischen 1943 und 1945 in Japan Zwangsarbeit leisten. Japanische Offiziere und Soldaten haben von 1931 bis 1945 unter anderem in China, Korea, der Mandschurei und in Vietnam Millionen Menschen gequält, ausgebeutet und ermordet. Die Opfer – unter ihnen besonders viele zur Prostitution gezwungene Frauen – haben nie einen Yen Entschädigung erhalten. Nur in einem Strafverfahren 1946 hatten sich 19 Militärs und neun höchste Zivilbeamte vor einem US-Gericht zu verantworten. Zwei starben während der Hauptverhandlung, einer wurde angeblich verhandlungsunfähig. Von den verbleibenden 25 Angeklagten verurteilten die US-Juristen sieben zum Tode, 16 zu lebenslang und zwei zu Zeitstrafen. Damit war für Japan das Kapitel „Strafverfahren wegen Massenverbrechen“ – NS-Prozessen gleichzusetzen – beendet. Die Hingerichteten wurden bald wie Heilige verehrt, von öffentlicher Reue und/oder Entschädigung war nie etwas zu spüren. Nun ist die letzte Hoffnung auf Einsicht und Wiedergutmachung geschwunden. Daran trägt ein Bezirksgericht in Tokio die Schuld.

Begonnen hatte alles vor fünf Jahren. 180 Angehörige chinesischer Opfer verlangten von der japanischen Regierung eine winzige, eher symboli-

sche Entschädigung und eine Entschuldigung. Das Gericht vernahm Dutzende von Zeugen – etliche Täter, einige wenige Überlebende und Tatzeugen. Die Öffentlichkeit nahm regen Anteil, weil Verbrechen zur Sprache kamen, die vorher kaum zur Kenntnis genommen worden waren.

Im Zentrum stand die „Einheit 731“, die allein in China um die 250 000 Menschen grausam umgebracht hat. Es ging um Versuche an Menschen, wie sie die Nazis in ihren Lagern verbrochen haben. Japanische Militärärzte infizierten Chinesen mit Cholera, Pest und Pocken. Die Opfer wurden nach und nach ermordet. Man wollte den Verlauf der Krankheiten studieren. Menschen wurden in Eis und Schnee gelegt, „tiefgefroren“ und danach so schnell aufgetaut, dass ihr Fleisch sich von den Knochen löste. Schwangeren injizierten japanische Mediziner Syphilis-Bakterien, weil sie herausbekommen wollten, ob das Baby angesteckt worden war. Jahrzehntlang hatte die Regierung die Existenz dieser Mordeinheit schlicht bestritten. Erst nachdem japanische und andere Forscher überzeugende Beweise veröffentlicht hatten, mussten Japans Regierende klein beigeben.

Dabei hatte sich die amerikanische Militärregierung in Japan zumindest mitschuldig gemacht. Statt systematisch nach 731ern zu fahnden, übernahm sie 1946 von deren Chef, Generalleutnant Shiro Ishi, „Forschungsergebnisse“ und ließ Ishi und seine Helfer laufen. Dies und anderes mehr ist nun in den zurück liegenden fünf Jahren öffentlich ausgebreitet worden. Yoshiro Shinozuka, ein inzwischen 78 Jahre alter 731er, bekannte sich schuldig. Über die Opfer sagte er: „Wir nannten diese Menschen nur maruta (Holzklötze). Wir sagten, wir haben einen Klotz gehackt, zwei Klötze.“ Nach der Beweisaufnahme beriet das Gericht lange über den Antrag der 180 Kläger. Danach verkündete Richter Koji Iwata das Urteil. Japanische Truppen einschließlich der Einheit 731 hätten „auf Befehl des Hauptquartiers der Kaiserlichen Japanischen Armee bakteriologische Waffen eingesetzt“, sodass „viele Anwohner starben“. Die Klage sei aber dennoch abzuweisen. Ein Individuum habe kein Recht, die japanische Regierung zu verklagen.

Möglich ist, dass ähnlich wie beim Kampf um die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern jetzt US-Kanzleien die japanische Justiz mit Sammelklagen überziehen werden. Ein Ruhmesblatt des Rechts ist das Urteil nicht. Doch zumindest in Nordkorea hat sich Japan nun entschuldigt. *Heiner Lichtenstein*

Demokratische Initiativen**Wege aus der Angst**

Die EXIT-Elterninitiative steht Angehörigen von Rechtsextremisten mit Hilfsangeboten zur Seite.

Eltern, deren Kinder in rechtsextremen Zusammenhängen aktiv sind, stecken in einer wahren „Zwickmühle“. Einerseits werden sie oftmals für die politische Orientierung ihrer Kinder verantwortlich gemacht, ihnen werden Versäumnisse bei der Erziehung vorgeworfen undsoweiter. Andererseits bestehen so gut wie keine Hilfsangebote, geschweige denn staatliche/amtliche Anlaufstellen, die sich für Eltern beziehungsweise Angehörige von Rechtsextremisten zuständig fühlen.

Die im September 2001 unter dem Dach des Zentrum Demokratische Kultur gegründete EXIT-Elterninitiative greift dieses Problemfeld auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen des seit Herbst 2000 erfolgreich arbeitenden Aussteigerprogramms EXIT auf, und versteht sich als Teil eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes im Kampf gegen Rechtsextremismus. Sie richtet sich an das engere soziale Umfeld aktiver Rechtsextremisten und widmet sich dabei den Problemen von Eltern und Angehörigen. Häufig sind Eltern großem Druck ausgesetzt, leiden unter Isolation, Hilflosigkeit und Angst, manchmal sogar vor dem eigenen Kind. Die Elterninitiative strebt an, über Kommunikation, Reflexion und Wissenserwerb zum selbständigen Aufbau eines eigenen Hilfesystems zu kommen.

Die Bandbreite der Problemlagen, wie sie sich gegenüber den Mitarbeiterinnen der Elterninitiative Nadja A. und Ulrike H. darstellen, lässt sich dabei grob in vier Typologieformen einteilen. So treten Eltern/Angehörige auf, deren Kinder

- sich bereits in der rechtsextremen Szene etabliert haben, die zum Teil ein gefestigtes rechtsextremes Weltbild aufzeigen und meist keinen Willen zeigen, diese Bezüge zu verlassen;
- rechte Ideologiefragmente aufzunehmen beginnen und/oder über rechtsextreme Jugenddeliquen und deren Erlebniskultur (Kleidungsstil, Musik, Gruppenerlebnisse undsoweiter) den Einstieg in eine rechtsextreme Szene vor Ort finden;
- mittlerweile Zweifel an der Ideologie zeigen, die Auseinandersetzung und die schrittweise Distanz zur rechtsextremen Szene suchen;

– sich bereits in einem Ausstiegsprozess befinden, den die Angehörigen unterstützen möchten.

Die EXIT-Elterninitiative betreut und berät kontinuierlich derzeit bundesweit etwa 50 Eltern und Angehörige von Rechtsextremen aller vier aufgezählten Typologieformen. Hierbei handelt es sich in erster Linie um einen engen regelmäßigen telefonischen Kontakt. Binnen kurzer Zeit haben sich fünf regionale Gruppen gebildet. In Abständen von möglichst nicht mehr als zwei Monaten treffen sich diese regionalen Elterngruppen jeweils an einem Sonntag. Vorrangig geht es dabei um den Erfahrungsaustausch zwischen den Betroffenen, die gemeinsame Suche nach Konfliktlösungsmöglichkeiten und die Erarbeitung neuer Kommunikationsstrukturen beziehungsweise Verhaltensweisen gegenüber dem Jugendlichen und seiner Ideologie. Auch Informationsvorträge sowie Workshops werden durch das EXIT-Team angeboten, um eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus zu ermöglichen.

■ Präventive Maßnahmen fehlen ■

In den lokalen Gesprächsgruppen tauschen sich Betroffene über ihre persönliche Situation aus und suchen gemeinsam mit dem Team von EXIT Wege aus der Hilflosigkeit. Die Mitglieder können in ihrem Umfeld wie in ihrem Alltag das weitergeben, was sie sich in der Initiative erarbeitet haben. Für die Zukunft könnte dies eine Sensibilisierung und Aktivierung in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Umfeld der Eltern und Angehörigen bewirken.

Neben den regelmäßigen Treffen sollen die regionalen Gruppen zweimal im Jahr zusammengeführt werden, um einen bundesweiten Erfahrungsaustausch anzuregen. Dabei können sich jederzeit neue Angehörige der Elterninitiative anschließen. EXIT-Mitarbeiter führen zur ersten Klärung Einzelgespräche und vermitteln dann den Kontakt zur regionalen Gruppe. Die Hauptverantwortung und das Engagement liegen bei den Teilnehmern. Im Zentrum steht die Hilfe zur Selbsthilfe. Ein positives erstes Ergebnis ist hier die Gründung einer von einem betroffenen Elternteil ehrenamtlich geführten „Filiale“ im bayerischen Weiden.

Ein zentrales Problem bei der Arbeit der Elterninitiative ist und war von Anfang an die Kooperationsunwilligkeit vieler Behörden und Ämter. So

versuchte eine Mutter, die sich wegen gleich zwei in der rechten Szene aktiven Söhnen an die EXIT-Elterninitiative gewandt hatte, Hilfe zur Selbsthilfe dann auch in die Tat umzusetzen. Sie bot der Gemeinde an, auf eigene Kosten auf dem eigenen Grundstück ein Gebäude zu errichten, in dem die örtlichen jugendlichen Rechtsextremisten betreut werden sollten. Die Gemeinde sollte lediglich einen Sozialpädagogen einstellen, der mit den Jugendlichen arbeitet. Dies wurde mit der Begründung abgelehnt, dass es in dem Ort doch überhaupt kein Problem mit Rechtsextremismus gebe. Ein Antigewalttraining für einen latent gewaltbereiten Sohn wurde mit der Begründung abgelehnt, dass er noch nicht straffällig geworden sei und Maßnahmen nur vorgesehen seien, nachdem konkrete Gewalttaten vorlägen.

Es wird deutlich, dass gerade in ländlichen Regionen das Problem Rechtsextremismus entweder gänzlich geleugnet wird oder aber präventive Maßnahmen vollkommen fehlen. Die betroffenen Eltern werden mit ihrer Angst, den Nachwuchs immer weiter in die rechtsextreme Szene und die oftmals damit zusammen hängende Spirale der Gewalt abgleiten zu sehen, allein gelassen. Eine Reaktion amtlicher Stellen erfolgt zumeist erst, wenn kapitale Straftaten bereits begangen wurden. Nicht selten sind rechtsextreme „Karrieren“ aber gerade von den nächsten Angehörigen frühzeitig erkennbar. Ohne Intervention enden diese in einer Haftanstalt, in der sich dann häufig erfahrene „Kameraden“ oder professionelle rechtsextreme Gefangenbetreuung der Jugendlichen annehmen.

In einem kürzlich von der EXIT-Elterninitiative veröffentlichten offenen Brief betonten 50 Angehörige von Rechtsextremisten: „Wir wollen nicht tatenlos zusehen, wie diese Szene und ihr Einfluss unser und das Leben unserer Kinder zerstört. (...) Sollen wir sie aufgeben und dieser Szene überlassen? Wir sagen NEIN!“

Zentrale Probleme der Betroffenen, Arbeitsaufgaben, sowie das Konzept der Elterninitiative-Arbeit sind ausführlicher in dem Bulletin des Zentrum für Demokratische Kultur 2/2002 mit dem Titel „...und dann habe ich mir das Hitlerbärtchen abrasiert. EXIT – Ausstieg aus der rechtsextremen Szene“ nachzulesen, das auch über die Elterninitiative bestellt werden kann.

Thomas Grumke

Kontakt: EXIT-Elterninitiative, Postfach 040 324, 10062 Berlin; Tel.: 0173 – 9 73 83 86; e-mail: elterninitiative@exit-deutschland.de; www.exit-deutschland.de

Zeitschriftenschau

Periodika der extremen Rechten

„Junge Freiheit“ (JF), 17. Jg., Nr. 37-40/2002: Großes Lob erhält der Hamburger Innensenator Ronald Barnabas Schill für seine „Brandrede“ im Deutschen Bundestag. Schill habe es gewagt, „sich gegen die etablierte ‘classe politique’ samt ihrer Medienmacht zu stellen“, stellt Alexander Griesbach anerkennend fest. Unter dem Titel „Die tüchtigen Bürger unseres Landes klagen an“, findet sich Schills Rede gar auf einer kompletten Seite in der JF abgedruckt. Den Verfassungsschutz wäht man im Spiel wegen des später als V-Mann enttarnten NPD-Mitglieds Bastian Tilger in Schleswig-Holstein, der sich gemeinsam mit zwei weiteren NPD-Funktionären in die Schill-Partei einschleusen wollte. Das Landesamt müsse über die Infiltration der Schill-Partei zumindest im Bilde gewesen sein und habe einen „Mitnahmeeffekt“ gewollt, behauptet Peter Freitag. Über den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz, der in seinem aktuellen Zwischenbericht wiederum der JF rechtsextremistische Bestrebungen vorwirft, mokiert sich Hans-Peter Rissmann. Für die Unhaltbarkeit der Vorwürfe führt er nun ausgerechnet eine „Abo-Werbung in dem angeblich ‘rechtsextremistischen Theorie-Organ ‘Nation&Europa’“ an. Keine Berührungsängste scheint man gegenüber dem NPD-Bundesgeschäftsführer Frank Schwerdt zu haben, dem Manuel Ochsenreiter in seinem durchwegs gewogen wirkenden Beitrag ein Forum einräumt. Mit einer größeren Anzeige können die Republikaner um ihre „Protest“-Wahlstimmen werben. REP-Chef Rolf Schlierer darf sich vor den Wahlen im Interview selbst noch Mut zusprechen. In der nächsten JF-Ausgabe – nach den Wahlen – wird Schlierer dann bereits angetragen, den Chefposten freizugeben. Heiner Kappel, Deutsche Partei, mahnt dringend den Zusammenschluss der „Deutschen guten Willens“ unter einer „noch nicht diffamierten (rechten) Fahne“ an. Chefredakteur Dieter Stein sieht die CDU „im Windkanal des Zeitgeistes inzwischen zu einer Kopie des sozialdemokratischen Originals mutiert“. Die „Konservativen“ (Rechten) müssten die „Domestizierung durch die Union endgültig abschütteln“, erwartet Stein. Auch der „als nationaler Tiger abgesprungene Bundeskanzler“ werde „als Bettvorleger Bushs landen“, prophezeit der JF-Chefredakteur, „wenn hinter den nationalen Tönen kein ernsthaftes Konzept stehe, das in eine Emanzipation Europas von den USA mündet“. (gn)

Meldungen**Inland**

■ **Bad Lauterberg** – Vom 11. bis 13. Oktober findet im „Großen Saal“ des Kurhauses in Bad Lauterberg/Harz die diesjährige Jahreshauptversammlung des „Traditionsverbandes ehemaliger Schutz- und Überseetruppen“ (BnR 24/99) statt. Organisator des Treffens ist wie auch in den vergangenen Jahren Hermann Mietz, ehemals Funktionär beim Bund Heimattreuer Jugend (BHJ), 1998 Referent beim rechtsextremen „Hilfskomitee Südliches Afrika“ (HSA). Geworben wird für die Veranstaltung unter anderem in der revanchistischen Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt“ und in der ewiggestrigten Schrift „Kameradschaft“.

■ **Berlin** – Die Staatsanwaltschaft hat wegen Volksverhetzung und der Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen Anklage gegen den ehemaligen V-Mann des Verfassungsschutzes in Brandenburg, Toni Stadler erhoben. Er soll unter anderem am Vertrieb der CD „Noten des Hasses“ der Band „White Aryan Rebels“ beteiligt gewesen sein. Im Juli war der 27-Jährige aus Cottbus bei einer spektakulären Aktion des Berliner Landeskriminalamtes festgenommen worden. Die Inhaftierung des V-Mannes sorgte für einen heftigen Streit zwischen dem Innenministerium in Brandenburg und den Justizbehörden in Berlin. Wenige Monate nach dem Wirbel bleibt ein bescheidenes Ermittlungsergebnis übrig: Stadler darf nach der Zeit in U-Haft mit einer Bewährungsstrafe rechnen, beim eigentlichen Macher von WAR hat es gerade mal für 10 Monate auf Bewährung gereicht, die anderen beteiligten Musiker konnten nicht ermittelt werden und das Masterband der „Noten des Hasses“ ist bis heute verschwunden.

■ **Berlin** – Eine neue politische Heimat hat Thomas Kay (33), vormals Landesvorsitzender der REP-Jugend und REP-Landesvize in Berlin, seit dem Frühsommer gefunden. Kay gehört nunmehr der CDU an. Den REP hat er im vergangenen Jahr den Rücken gekehrt. 1998 war Kay Direktkandidat für die Berliner Republikaner und Nummer vier auf der Landesliste, später wirkte er als REP-Abgeordneter in der Bezirksverordnetenversammlung. Zuletzt durfte Kay, Gelegenheitsautor in der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation&Europa“ und der im Visier des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz stehenden Wochenzeitung „Jun-

ge Freiheit“, beim zentralen Wahlkampfauftakt der Berliner CDU mit Angela Merkel moderieren. Seinen bisherigen REP-Positionen will Kay abgeschworen haben.

■ **Berlin** – Die Zahl der rechtsextrem motivierten Straftaten ist im August auf 353 Vorfälle gesunken – gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres ein Rückgang um 39 Prozent. Dies hat das Bundesinnenministerium in einer Pressemeldung bekanntgegeben. Angaben der PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke zufolge ist damit die Zahl der registrierten Straftaten in diesem Jahr auf über 2600 angestiegen. Erstmals im Jahr 2002 gab es im August wieder ein Todesopfer rechter Gewalt, 30 Personen wurden durch Rechtsextreme zum Teil schwer verletzt. 74 Straftaten in dem Monat lag fremdenfeindliche Motivation zugrunde, darunter 26 Gewaltdelikte.

■ **Düsseldorf** – Ronald Schill hat den Düsseldorfer Bezirksvorsitzenden der Schill-Partei, Frederick Schulze, mit sofortiger Wirkung aller Ämter enthoben und aus der Partei ausgeschlossen. Schulze hatte bei einer Wahlkampfveranstaltung auf dem Platz vor dem Rathaus in Kaarst Störern zugerufen, sie sollten sich lieber „Arbeit suchen“, denn „Arbeit macht frei!“. Parteichef Ronald Schill, der neben Schulze auf der Bühne stand, hörte den Ausfall des örtlichen Vorsitzenden mit und veranlasste den Ausschluss. Schulze, von 1994 bis 1998 für die CDU im Bundestag, sieht sich laut „Frankfurter Rundschau“ als Opfer einer „Intrige von einigen Hamburger Parteifreunden“. Er habe den Spruch, der während des Nationalsozialismus über vielen Eingängen von Konzentrationslagern als zynische Begrüßung der Häftlinge hing, nicht auf die Nazi-Zeit bezogen. Ihm gehe es um Parallelen zur Oktoberrevolution von 1917, bei der der Satz angeblich gefallen sei. Schulze, der „ungebrochen zu Ronald Schill steht“, will nun gegen seinen Rauschmiss klagen.

■ **Gersdorf/Hoyerswerda** – Auf der Internetpräsenz der Jungen Deutschen prahlen diese mit einer so genannten Aktionswoche „Stoppt den Zuwanderungswahnsinn!“, die in der Zeit vom 10. bis 17. August 2002 in Ostsachsen stattgefunden haben soll. Ziel dieser Aktion war es eigenen Angaben zufolge, „die mitteldeutsche Jugend vor den katastrophalen (Ausländer-)Verhältnissen in den Großstädten im Westen der BRD zu warnen“. Die „Propagandareise durch Ostsachsen“ führte die jungen „Kameraden“ nach Hoyerswerda, Gersdorf, Groß-

Röhrsdorf und Pulsnitz sowie in Schulen und Einkaufszentren von Kamenz, Pulsnitz und Wiesa: „Obwohl (oder gerade weil) die Ausländerflut dort schon größer ist, als von vielen Nationalisten im Westen gedacht, fanden sich in allen Ortschaften junge, deutsche Idealisten, welche unsere Arbeit befürworteten oder uns sogar tatkräftig unterstützten“. Zusammenfassend wird die Aktion von den Jungen Deutschen als voller Erfolg bezeichnet: „Fast jeder, der ein Flugblatt erhielt, ob er nun bereits national war oder nicht, stimmte uns zu. Ältere Frauen und Männer lobten uns für unseren Mut und Einsatzwillen“. Unterzeichnet ist der Bericht bezeichnenderweise mit „Heil Deutschland!“

■ **Hamburg/Augsburg** – Lothar Greil aus Windhaag in Österreich (BnR 10/99), vormals Funktionär der Hitler-Jugend (HJ) und SS-Unterführer, heute stellvertretender Präsident der revanchistischen Notverwaltung des Deutschen Ostens (NDO), hat ein 80-seitiges DIN A4-Druckheft mit dem Titel „Um Sein oder Nichtsein. Deutsche Schicksalsjahre 1918 - 1945“ verfasst. Gewidmet ist das Machwerk „den betrogenen Generationen der Nachkriegszeit seit 1945“. Es „enthebt“, so der Anspruch der Schrift, „den jungen Leser – aber auch den unsicheren oder fehlunterrichteten ‘Alten’ – der Mühe, ganze Büchereien durchforsten zu müssen, um die ganze Wahrheit zu erfahren.“ Wiedergekaut wird von Greil, zugleich Autor in den „Huttenbriefen“ und den „Unabhängigen Nachrichten“, der geschichtsrevisionistische Einheitsbrei. Demnach wurde Deutschland durch ein „Provokationsspiel der Feinde Deutschlands“ in den Zweiten Weltkrieg getrieben. Auch habe sich Deutschland nur durch einen Präventivschlag vor der bolschewistischen Weltrevolution retten können. Herausgeber der Broschüre ist die „Staatskanzlei“ der „Vereinigten Länder des Deutschen Ostens im Deutschen Reich“ in Hamburg. Der Vertrieb erfolgt über die „Gemeinschaft Deutscher Osten“ in Augsburg.

■ **Leipzig** – Die US-amerikanische Neonaziband „Intimidation One“ (IO), die zurzeit auf Europatour ist, will mindestens ein Jahr lang nicht mehr in Deutschland spielen. Auch andere Bands in den USA sollen zu einem Boykott veranlasst werden, „solange wir nicht den Respekt bekommen, den wir eigentlich verdient haben, dafür, dass wir uns hier den Arsch aufreißen, um etwas für die Bewegung zu tun“. Wichtigster Grund für den Ärger dürften finanzielle Fragen sein. IO fühlt sich in mindestens einem Fall um das Honorar betrogen, das ohnehin nur Reisekosten, Unterkunft und Verpflegung ab-

decke. „Das übrige Geld ist für Kameraden, wie zum Beispiel unsere Brüder von Landser gedacht.“ Sauer ist der IO-Sänger auch, weil ein Konzert, das im Raum Leipzig stattfinden sollte, kurzfristig nach Bremen verlegt wurde, wo er aber ein Polizeiverbot für zwei Jahre habe. Schließlich gefällt den amerikanischen Nazirockern offenbar auch ein Teil des deutschen Publikums nicht: „Assis, die Geld vom Staat kassieren, sich bis zum Gehtnichtmehr besaufen und an unseren Konzerten dann besoffen auf dem Boden liegen“.

■ **Münnerstadt** – „Mehr als jeder hundertste deutsche Wahlberechtigte“ stimmte bei den Bundestagswahlen für „eine der nationalen Oppositionsparteien“. „So etwas gibt Mut, denn wer heute NPD, oder eine andere nationale Partei wählt, ist morgen auch bereit, eine Nationale und Sozialistische Oppositionsbewegung zu unterstützen“ – meint der Pseudonymus „Stadtknecht“ (= Tobias Kessler) auf seiner „Kreuzritter“-Homepage. Der fränkische NPD-Kader weiter: „Wir können die Geschehnisse in der brd momentan nicht ändern, aber wir arbeiten daran – darauf kann sich das Vassallenpack verlassen!“ Die Bundesregierung bezeichnet Kessler „als Söldner für JewSA-Interessen“. Kessler stellt fest: „Es ist nun einmal so, dass die brd ein Besatzungsstaat auf deutschem Reichsgebiet ist und BRD-Vertreter nichts anderes sind als willige Kollaborateure, die selbststüchtig den Vassallen spielen, um sich selbst die Taschen möglichst lange füllen zu können.“

■ **Nürnberg** – In Nürnberg und Umgebung hat die Polizei die Wohnungen von acht Mitgliedern der neonazistischen „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ durchsucht. Sichergestellt wurden mehrere Computer, mehr als 150 Disketten und CD-Roms sowie umfangreiches Schriftmaterial. Der bayrische Innenminister Günther Beckstein erklärte, es lägen konkrete Anhaltspunkte dafür vor, dass die Tätigkeit des Vereins mit den Strafgesetzen, der verfassungsmäßigen Ordnung und mit den Gedanken der Völkerverständigung unvereinbar seien. Deshalb werde gegen die „Bürgerinitiative“ ein vereinsrechtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet. Eine Einbeziehung des Verfahrens in das laufende NPD-Verbotsverfahren scheide aber aus, da die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ trotz ihrer offensichtlichen Nähe zur NPD nicht als deren Teilorganisation anzusehen sei. Der bayrische NPD-Landesvorsitzende Ralf Ollert vertritt die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ mit einem Sitz im Nürnberger Stadtrat.

■ **Schwerin** – Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern am 22. September hat die NPD Stimmen eingebüßt. Die rechtsextreme Partei holte landesweit 0,8 Prozent und 7703 Wählerstimmen (1998: 1,1% und 11 531 Stimmen). Ihre besten Ergebnisse erzielte die NPD in folgenden Wahlkreisen (dahinter die Vergleichszahl von 1998): Uecker-Randow I (2,0%; 2,4), Ostvorpommern I (1,8%; 2,2), Uecker-Randow II (1,5%; 1,7), Demmin I (1,3%; 1,1), Greifswald (1,2%; 0,9), Ludwigslust I (1,2%; 0,8), Ostvorpommern II (1,2%; 2,1), Stralsund II (1,1%; 1,9), Ludwigslust III (1,0%; 0,9) und Nordvorpommern III/Stralsund I (1,0%; 1,5). Die rechtspopulistische Schill-Partei, die zu den Landtagswahlen angetreten war, erzielte mit 16 480 Wählerstimmen ein Ergebnis von 1,7 Prozent. Überdurchschnittliche Resultate errang die Schill-Partei mit 2,4% in Nordwestmecklenburg II und Rügen II, 2,2% in Schwerin II, Stralsund II und Parchim II, 2,1% in Rügen I und Parchim I.

■ **Stralsund** – Das „Störtebeker-Netz“ des wegen Volksverhetzung vorbestraften Stralsunder Neonazis Axel Möller (BnR 16/02) steht nach vier Jahren vor dem Aus. Eigenangaben des ehemaligen NPD-Funktionärs Möller zufolge mangelt es ihm zwischenzeitlich an „jeglicher politischer Motivation, die für einen nationalen Journalismus immerhin die Voraussetzung bilden sollte.“ Möller, einer der eifrigsten „Internetarbeiter“ der Szene erklärt: „So lange diese nicht zurückgekehrt und eine andere Perspektive im nationalen Lager nicht in Sicht ist, halten wir es für besser, in eine Art unbefristeten ‘Urlaub’ zu gehen, statt über Dinge zu schreiben, denen wir aufgrund allzu intimer Kenntnis innerlich immer skeptischer und mit immer weniger Glauben gegenüberstehen müssen.“

■ **Stuttgart** – Der REP-Bundesvorsitzende Rolf Schlierer will nach der Niederlage seiner Partei bei der Bundestagswahl (0,6%; absolut: 280 735 Stimmen) auf dem Bundesparteitag im November in Bayern den Bundesvorstand verkleinern und wegen der angespannten finanziellen Lage „die Strukturen straffen“. Eine künftige Zusammenarbeit mit der Schill-Partei will Schlierer nicht ausschließen: „Da bin ich gesprächsbereit“ sagte er auf einer Pressekonferenz in Stuttgart.

Ausland

■ **Frankreich (Enchenberg)** – In dem elsässischen Dorf wurde am 21. September das „Ian-Stuart-Memorial“-Konzert abgehalten. Weit über

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adre

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861
Heft 20/20 02 Abo 401917

9

Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10

10999 BERLIN

1000 Skinheads kamen zu einer der größten Veranstaltungen in Mitteleuropa in diesem Jahr. Der Andrang war offenbar stärker als die Organisatoren gedacht hatten, denn bereits nach wenigen Stunden gingen Bier und Essen aus. Bei der Mammutveranstaltung standen Bands wie „Confident of Victory“, „Radikahl“, „Intimidation One“, „Nemesis“, „Saga“, „Blitzkrieg“, „Final War“ und „Injustice Side“ auf der Bühne. Aktivisten der verbotenen Skinhead-Organisation „Blood&Honour“ empörten sich, weil die johlende Glatzenmenge nicht mal für eine Gedenkminute an den verstorbenen „Screwdriver“-Sänger und B&H-Gründer Ian Stuart schweigen wollte.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heike Rose, OPS GmbH, Berlin

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung:

Taha Kahya, Vertrieb
Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.